

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hartmut Ebbing, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/24534 –

### Strategische Neuausrichtung Stiftung Preußischer Kulturbesitz

#### A. Problem

Die Fraktion der FDP spricht sich dafür aus, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) als Dachorganisation aufzulösen. An ihre Stelle sollen zwei neue Stiftungen treten: eine für die Staatlichen Museen zu Berlin, eine weitere für die Staatsbibliothek zu Berlin. Die neuen Stiftungen sollen jeweils von Doppelspitzen für den kaufmännischen bzw. für den inhaltlich/künstlerischen Bereich geführt werden. Ein international besetzter und vernetzter Stiftungsrat soll Aufsichts- und Beratungsfunktionen übernehmen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, den neu zu errichtenden und neu zu organisierenden Einrichtungen die Möglichkeit zu eröffnen, mithilfe von fünfjährigen Finanzplänen zu arbeiten, gut ausgestattete pädagogische Abteilungen einzurichten und die Bestände zu digitalisieren, um sie öffentlich zugänglich zu machen. Zu prüfen sei auch, ob das Humboldt Forum in die Staatlichen Museen zu Berlin überführt werden sollte, um Berlin als Kulturmetropole auszurichten. Alle zehn Jahre soll begutachtet werden, ob die neuen Stiftungen ihre Aufgaben erfüllen.

#### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.**

#### C. Alternativen

Keine.

#### D. Kosten

Keine.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/24534 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Der Ausschuss für Kultur und Medien**

**Katrin Budde**

Vorsitzende und Berichterstatterin

**Ansgar Heveling**  
Berichterstatter

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Hartmut Ebbing**  
Berichterstatter

**Simone Barrientos**  
Berichterstatterin

**Erhard Grundl**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Ansgar Heveling, Katrin Budde, Dr. Marc Jongen, Hartmut Ebbing, Simone Barrientos und Erhard Grundl**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/24534** in seiner 224. Sitzung am 22. April 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion der FDP spricht sich dafür aus, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) als Dachorganisation aufzulösen. An ihre Stelle sollen zwei neue Stiftungen treten: eine für die Staatlichen Museen zu Berlin, eine weitere für die Staatsbibliothek zu Berlin. Die neuen Stiftungen sollen jeweils von Doppelspitzen für den kaufmännischen bzw. für den inhaltlich/künstlerischen Bereich geführt werden. Ein international besetzter und vernetzter Stiftungsrat soll Aufsichts- und Beratungsfunktionen übernehmen.

Die Fraktion kritisiert, dass es nach der deutsch-deutschen Vereinigung versäumt worden sei, die SPK an die enormen Anforderungen der neuen Zeit anzupassen und mit modernen, zukunftsorientierten Strukturen auszustatten. In den Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung sei sie stattdessen zu einem schwerfälligen und fast manövrierunfähigen Tanker geworden. Die Auflösung der SPK, wie sie der Wissenschaftsrat empfohlen habe, sei daher geboten.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, den neu zu errichtenden und neu zu organisierenden Einrichtungen die Möglichkeit zu eröffnen, mithilfe von fünfjährigen Finanzplänen zu arbeiten, gut ausgestattete pädagogische Abteilungen einzurichten und die Bestände zu digitalisieren, um sie öffentlich zugänglich zu machen. Weitere Forderungen beziehen sich auf Provenienzforschung und IT-Ausstattung, auf Ausstellungsetats und Internationalisierung, auf Öffnungszeiten und Synergien bei der Depotnutzung. Geprüft werden soll auch, ob das Humboldt Forum in die Staatlichen Museen zu Berlin überführt werden sollte, um Berlin als Kulturmetropole auszurichten. Alle zehn Jahre soll begutachtet werden, ob die neuen Stiftungen ihre Aufgaben erfüllen.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner 98. Sitzung am 19. Mai 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** empfahl in seiner 80. Sitzung am 9. Juni 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfahl in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Ansgar Heveling**  
Berichterstatter

**Katrin Budde**  
Berichterstatterin

**Dr. Marc Jongen**  
Berichterstatter

**Hartmut Ebbing**  
Berichterstatter

**Simone Barrientos**  
Berichterstatterin

**Erhard Grundl**  
Berichterstatter